

Schaffhauser Schulzahnärzte haben sich bereichert

Die Regierung hätte es wissen müssen, sagt die Untersuchungskommission

ANGELIKA HARDEGGER

8000 Primarschüler und Kindergärtler müssen jedes Jahr zum Untersuchen in der Schaffhauser Schulzahnklinik antraben. Nun bestätigt eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), was vermutet worden war: Die Schulzahnklinik hat über Jahre Schulpatienten an eine private Praxis überwiesen. Die unzulässigen Abwerbungen waren offensichtlich, kümmerten die Schaffhauser Regierung aber kaum. PUK-Präsidentin Regula Widmer (glp.) sagt: «Die Aufsicht wurde nicht wahrgenommen.» Zuoberst in der Kritik steht Christian Amsler, Vorsteher des Erziehungsdepartements und damit oberster Chef der Schulzahnklinik. Er wollte vor zwei Jahren Nachfolger von FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann werden.

Der Konflikt war angelegt

Die Vorkommnisse in der Schulzahnklinik gehen zurück auf das Jahr 2003. Damals eröffnete der Leiter der Klinik eine Privatpraxis in Schaffhausen. Er führte die Praxis im Nebenamt. Im Jahr 2006 stellte er in der Privatpraxis einen Zahnarzt aus der Schulzahnklinik in Teilzeit ein. Dieser Zahnarzt überwies ab 2007 Schüler aus der Schulklinik in die Privatpraxis des Klinikleiters, in der er arbeitete. Der Klinikleiter tolerierte die Überweisungen und profitierte laut PUK auch davon. Im Jahr 2012 verkaufte er die Privatpraxis dem angestellten Zahnarzt.

Dieser Zahnarzt suchte für die Abwerbungen lukrative Fälle aus, speziell solche, die von der Invalidenversicherung bezahlt wurden. Den Schulzahnärzten war es im Prinzip erlaubt, neben der Klinik noch privat zu arbeiten, weil sie weniger verdienen als Kollegen in der Privatwirtschaft. In der privaten Praxis hätten aber nur Erwachsene behandelt werden dürfen. Der Zahnarzt hielt sich nicht daran. Er gab Eltern von Kindern nach der Schuluntersuchung eine Visitenkarte oder forderte sie auf, in der Privatklinik einen Termin zu vereinbaren. Er sei dort zeitlich flexibler. Manche Eltern wurden in Unkenntnis darüber gelassen, dass der zweite Termin in einer anderen – privaten – Praxis stattfand.

Wie viele Schaffhauser Schüler unzulässig überwiesen wurden, bleibt unklar. Die Unterlagen der schulzahnärztlichen Untersuchungen seien lückenhaft archiviert. Klar ist: Es gab eine «hohe Zahl» von Wechseln in die private Praxis – und diese Wechsel waren «offensichtlich». Warum also hat niemand interveniert?

Eine erste Möglichkeit bot sich 2011. Ein Schaffhauser Kantonsrat warf da-



Vom lukrativen Geschäft mit Kinderzähnen wollten Schaffhauser Schulzahnärzte auch privat profitieren.

SALVATORE DI NOLFI / KEYSTONE

mals die Frage auf, warum der Leiter der Schulzahnklinik eine private Praxis führe. Seine Tochter sei plötzlich in der privaten Praxis statt in der Schulzahnklinik behandelt worden. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Parlaments forderte eine Abklärung. Zuständig war Christian Amsler als Vorsteher des Erziehungsdepartements.

Amsler teilte der GPK mit, es fänden keine Transfers von der Klinik in eine Privatpraxis statt. Die GPK gab sich mit der Antwort zufrieden. Zur selben Zeit fragten Schaffhauser Zahnärzte beim Kanton nach, warum in der Schulzahnklinik für die Weiterbehandlung keine Liste mit allen Zahnärzten im Kanton abgegeben werde. Das Erziehungsdepartement antwortete ironischerweise, die Klinik dürfe als Staatsbetrieb keine Werbung für Dritte machen. Erst 2018 zeigte Regierungsrat Amsler vertieftes Interesse an der Schulzahnklinik. Damals berichteten die «Schaffhauser Nachrichten» über wissenschaftlich umstrittene und unnötige Behandlungen. Den Zahnärzten am Platz Schaffhausen war aufgefallen, dass bei übermässig vielen Schulkindern 360-Grad-Röntgenbilder angefertigt worden waren.

Die Röntgenbilder dienten der Behandlung mit medizinisch umstrittenen Myobrace-Spangen. Die Behandlung erfolgte in der Schulzahnklinik durch eine einzige Zahnärztin. In der Zeit, als Myobrace in der Schulzahnklinik angeboten wurde, ging die Zahl der dazugehörigen Diagnosen laut PUK stark in die Höhe. Die PUK schreibt, es sei bei «quasi allen Kindern ein unnötiges Röntgen» durch-

geführt worden. Gegen die betroffene Schulzahnärztin läuft ein Strafverfahren. Die Justiz ermittelt auch gegen den Klinikleiter und den Zahnarzt, der die Kinder überwiesen hatte.

Externe Gutachter warnten

Regierungsrat Amsler leitete im Zuge der Medienberichte eine Untersuchung ein. Externe Gutachter berichteten ihm, der Verdacht auf Abwerbungen sei begründet. Das Erziehungsdepartement nahm die Einschätzung zur Kenntnis, verfolgte die Untersuchung intern weiter und kam zum Schluss: Der Vorwurf der Abwerbungen sei nicht erhärtet.

Die PUK kritisiert die Aufsicht über die Schulzahnklinik scharf. Die Brisanz der Abwerbungen sei «auf allen Stufen bis zur Stufe Regierungsrat verkannt» worden. Es wäre laut PUK Aufgabe der Gesamtregierung und speziell von Christian Amsler gewesen, die Praxis der Nebenbeschäftigung zu hinterfragen.

Die Schaffhauser Regierung entgegnet, sie nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass gemäss PUK keine Amtspflichtverletzungen vorlägen. Erziehungsvorsteher Amsler schreibt, er habe die Klinik übernommen, wie er sie bekommen habe – und so belassen. Er sei bereit, die aufgeworfenen «Fragestellungen» «gründlich zu analysieren, konsequent anzugehen und nachhaltig zu lösen».

Ob Amsler das tun können wird, entscheidet das Schaffhauser Stimmvolk. Im August wird die Regierung neu gewählt. Amslers Sitz wird angegriffen.